

Neues Gutachten zeigt Wege aus der Pflegekrise

Ein aktuelles Gutachten des Gesundheitsökonomen Prof. Dr. Heinz Rothgang präsentiert konkrete Lösungsansätze, um die Leistungsfähigkeit und nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung sicherzustellen.

Derzeit müssen Pflegebedürftige im ersten Jahr in einem Pflegeheim durchschnittlich rund 2.970 Euro monatlich aus eigener Tasche zahlen. Allein die pflegerische Versorgung schlägt mit etwa 1.490 Euro zu Buche, während der verbleibende Betrag für Unterkunft, Verpflegung und Investitionskosten anfällt. Mehr als ein Drittel der Pflegeheimbewohner:innen ist auf Sozialhilfe angewiesen – Tendenz steigend. Viele Pflegebedürftige sind von Armut bedroht, da ihre durchschnittlichen Alterseinkünfte nicht ausreichen, um diese finanzielle Belastung zu tragen.

Eine umfassende Absicherung durch eine Pflegevollversicherung könnte diese Mehrkosten auffangen. Die Einführung einer Bürgerversicherung würde dazu beitragen, die Finanzierung sicherzustellen, indem privat Versicherte sowie zusätzliche Einkommensquellen einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden. Für Versicherte mit einem Einkommen bis zur aktuellen Beitragsbemessungsgrenze würde dies monatliche Mehrkosten von weniger als fünf Euro bedeuten – im Gegenzug würden sämtliche pflegebedingten Kosten im Pflegefall vollständig übernommen.

Das Gutachten wurde vom Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung in Auftrag gegeben. Dem Bündnis gehören unter anderem der Paritätische Gesamtverband, die Gewerkschaft ver.di, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der DBfK sowie zahlreiche weitere Sozialverbände und Organisationen an.

Angesichts der zunehmenden finanziellen Belastungen für Pflegebedürftige fordert das Bündnis eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung. Der Umbau hin zu einer Vollversicherung könnte die wachsenden Kosten für Betroffene drastisch reduzieren. Die neuesten Berechnungen von Prof. Rothgang zeigen: Eine vollständige Übernahme aller pflegebedingten Kosten ist mit der Einführung einer Bürgerversicherung finanzierbar.

Das Gutachten sowie weitere Informationen zu den Forderungen des Bündnisses sind hier abrufbar:
www.solidarische-pflegevollversicherung.de

(PT)